Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang. Aufl. 52,000 Stück.

Dresden, 1891.

Dr. Kadner's Sanatorium.
Diätetische Kuranstalt
Niederlössnitz b. Dresden.
für Nervenleiden, Blutarmuth, Fettsucht, Diabetes, Gicht, Unterleibsleiden.

J. G. Klingner
Waisenhausstr. 1
(am Dippoldiswaldaer Platz)
Fernsprechstelle 1656
Porzellan-, Steingut- und Thonwaarenhandlung.
Specialität: **Steingut** zu 50-Pfg.-Bazar-Preisen.
Kein Ausschuss!

British Hôtel und Restaurant
Separater Speisesaal mit Nebenzimmer,
gut passend zur Abhaltung von Familienfesten, Hochzeiten etc.
Hochachtungsvoll **Ed. Gerdes.**

CHR. SÖRUP
ATELIER FÜR Künstliche Zähne
PLOMBIRUNGEN ETC.
Korrekte Ausführungen, Mässige Preise.
26 I. Wettiner Str. 26 I.

Hanns Hanfstaengl
(C. A. Teich)
Königl. Sächs. Hofphotograph
Pragerstr. 36.

Tiroler Lodenhüte von 2 Mark an, Lodenjoppen von 8 Mark an, Tiroler National-Costüme
empfiehlt **Jos. Fiechtl** aus **Tirol**, Schloss-Strasse 23 (nächst dem Königl. Schloss).

Nr. 20. Spiegel: Getreidezolldebatte, Allgemeine Abrüstung und Frankreich. Hofnachrichten, Abgußsammlung, Markthallen, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte. „Künstler-Namen", „Sizilianische Bauernehre".

Dienstag, 20. Januar.

Politisches.

Die viertägige Redeschlacht über die Lebensmittelzölle hat mit einer vollständigen Niederlage der Freihändler geendet. Die überwiegende Mehrheit des Reichstages hat erklärt, daß sie an dem bestehenden Schutzzollsystem festhält und zu einer Ermäßigung der landwirthschaftlichen Zölle nicht die Hand bietet. Es war eine sehr richtige Taktik der schutzzöllnerischen Zweidrittelmajorität, daß sie der Debatte über die freisinnig-sozialdemokratischen Anträge, wiewohl die Aussichtslosigkeit derselben von vornherein feststand und die Gründe für und wider bereits vorher bis zum Ueberdruß durchgehechelt waren, einen so großen Spielraum gegönnt hat. Denn es kam vor Allem darauf an, daß Vertreter aus allen Gauen Deutschlands, aus Pommern, Posen und Westpreußen, aus Elsaß, Bayern, Baden und Sachsen den verbündeten Regierungen gegenüber einmüthig Zeugniß dafür ablegten, daß die Schutzzölle segensreich gewirkt haben und daß die Landwirthschaft auch fernerhin dieselben nicht entbehren kann. Nicht den rein agitatorischen Manöver-Anträgen, die auf der Tagesordnung standen, hat man also die seltene Ehre einer viertägigen Debatte erwiesen, sondern es galt vielmehr, im Hinblick auf die schwebenden handelspolitischen Verhandlungen die Stellungnahme der Mehrheit der parlamentarischen Vertretung zu der Beseitigung oder Ermäßigung der landwirthschaftlichen Zölle, die bei dem abzuschließenden Handelsvertrage mit Oesterreich-Ungarn in Frage kommt, in unzweideutiger Weise klar zu legen. Den sachverständigen Darlegungen der schutzzöllnerischen Redner gegenüber, welche meist mit den landwirthschaftlichen Verhältnissen ihrer Heimath innig vertraut sind, kommen die abstrakten Deduktionen und die demagogischen Kniffe von ein paar sozialdemokratischen Agitatoren und freisinnigen Theoretikern und Berufsparlamentariern gar nicht in Betracht. Denn diese kennen die Bedürfnisse unserer Landwirthschaft nicht und sind bei der Beurtheilung der Frage, ob die landwirthschaftlichen Zölle in ihrer gegenwärtigen Höhe nothwendig sind oder eine handelspolitische Umkehr im freihändlerischen Sinne wünschenswerth erscheint, keineswegs sachverständig. Für die Regierung sollten daher die sachlich begründeten Ausführungen der Vertreter der Reichstagsmehrheit bei den weiteren Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn ein wohl zu berücksichtigender Fingerzeig sein. Wenn dieses Land nicht in der Lage ist, einen Vertrag ohne wesentliche Ermäßigung der landwirthschaftlichen Zölle unsererseits abschließen zu können, dann wäre es gerathen, schon jetzt auf eine Weiterführung der Verhandlungen zu verzichten, da das Zustandekommen des deutsch-österreichischen Handelsvertrages, welcher von uns das Opfer der Herabsetzung der Getreidezölle verlangt, an dem Widerstande unseres Reichstages scheitern würde. Denn eine Ermäßigung der Zölle käme, wie Herr v. Kardorff betonte, infolge der minderwerthigen österreichischen Valuta einer völligen Aufhebung gleich. Jeder Versuch, die landwirthschaftlichen Zölle herabzusetzen, wäre der Anfang vom Ende unseres ganzen Schutzzollsystems. Denn den Lebensmittelzöllen würden die Industriezölle unrettbar nachfolgen müssen. Mit Recht rief daher Graf Kanitz aus: „Entweder Schutz für alle Erzeugnisse der nationalen Arbeit oder Freihandel." Der gegenwärtige Reichstag wurde unter der Wahlparole des freihändlerischen Flügels des Antikartellbundes: „Nieder mit den Zöllen!" gewählt. Der vorhergehende Kartellreichstag hatte die Erhöhung der Getreidezölle vor 3 Jahren mit 203 gegen 116 Stimmen votirt; mit noch größerer Mehrheit, mit 210 gegen 106 Stimmen, hat sein Nachfolger, der Antikartellreichstag, sich für die ungeschmälerte Aufrechterhaltung der Bismarck'schen Schutzzollpolitik ausgesprochen. Das Antikartell ist somit jämmerlich gescheitert; der letzte fortschrittlich-sozialdemokratische Wahlfeldzug, der die Lebensmittelzölle zu seinem Mittelpunkt machte, hat trotz des Agitationssturmes, den Richter und seine Gesellen entfesselt hatten, am Ende der letzten Woche seinen Abschluß gefunden in einem glänzenden Siege der Kartellparteien, denen sich das antikartellistische Centrum nolens volens zugesellte.

Romantiker in der Politik träumen wieder einmal den goldenen Traum des ewigen Friedens. In ihrem phantastischen Wolkenkukuksheim sehen sie nicht das waffenstrotzende und waffenklirrende Europa, dessen bis an die Zähne bewaffnete Großmächte mit emsigem Eifer darauf sinnen, ihre Kriegsbereitschaft zu erhöhen, neue Gewehre, neue Kanonen, neues Pulver zu erfinden, die Präsenzziffern ihrer Armeen zu erhöhen, neue Batterieen und neue Bataillone zu schaffen. Die rein akademischen Erörterungen, die sich an das ideale Ziel eines ewigen Friedens knüpfen, verdienen inmitten eines Friedens, den ein Funke in einen nie gesehenen Kampf von Millionen von Streitern umwandeln kann, keine weitere Beachtung. Interessant ist nur das Gebahren der französischen Tagespresse dem Gerüchte gegenüber, daß unser Kaiser den unter den schweren Kriegslasten seufzenden Völkern den Weg zum ewigen Frieden durch Berufung einer internationalen Abrüstungskonferenz bahnen wolle. Indem sie den Plan einer allgemeinen Entwaffnung besprechen, kommen sie einstimmig zu dem Ergebniß, daß es sich bei der vermeintlichen Absicht unseres Kaisers, eine Abrüstung der continentalen Großmächte einzuleiten, nur um eine Falle handele, die man Frankreich stellen wolle, um es vollständig der rohen Gewalt Deutschlands auszuliefern. Diese Auffassung spiegelt thatsächlich die Gesinnung wieder, zu welcher sich die Mehrheit des französischen Volkes bekennt. Man wolle Frankreich nur verführen, sich zu entwaffnen, um es mit überlegener Macht zu zermalmen. So reden die Einen. Andere meinen: In Deutschland wisse man zwar ganz genau, daß Frankreich nicht so thöricht sein werde, abzurüsten; man schlage die Abrüstung nur vor, um sich eine abschlägige Antwort zu holen und dann Frankreich vor den Augen von ganz Europa als den alleinigen Störenfried bloßstellen zu können. Frankreich, sagt ein Pariser Blatt, habe stets mit Selbstverleugnung der Sache des Friedens gedient und stets nur Vertheidigungskriege geführt. Wenn Deutschland wirklich den Frieden wolle, so möge es nur Elsaß-Lothringen zurückgeben. Wenn das nicht geschehe, müsse Frankreich gerüstet bleiben, denn es bleibe ihm dann schließlich nichts übrig als der Krieg. Das ist der völlig gleichlautende Refrain, auf den alle Betrachtungen der Chauvinisten am Seineufer über die Abrüstungsfrage hinauskommen, ob sie nun Dreyfus, Deroulede oder Lockroy heißen mögen. Am weitesten in unglaublicher nationaler Verblendung und Eitelkeit geht ein so hervorragendes Blatt wie der Siècle. Ganz Europa, meint diese Zeitung, gebe Frankreich Recht, wenn es Elsaß-Lothringen wieder erlangen wolle. Nur die Eitelkeit der vorübergehenden Sieger von 1870 und die Speichelleckerei seiner Bundesgenossen verhindere, daß dieses Verdikt des öffentlichen Gewissens zur Ausführung komme. Wenn man im Geiste Frankreichs seine Ueberrumpelung auslöschen wolle, so müsse man ihm erst durch Rückgabe seiner geraubten Provinzen die schöne Begeisterung von ehemals, seinen Glauben an die Brüderlichkeit der Menschen und seine leidenschaftliche Hingabe für das Wohl Anderer wiedergeben. Dergleichen Ansichten sind symptomatisch für den blinden Deutschenhaß und das unverlöschliche Rachegefühl der Franzosen. So wenig Credit genießt unsere aufrichtig bekundete Friedensliebe, daß man sich jenseits der Vogesen einredet, Deutschland lauere nur auf einen Angriff. Vor dem jetzigen Frankreich aber mit seiner überlegenen Kriegsstärke und seiner erst kürzlich glänzend bewiesenen Kreditfähigkeit sollen wir uns fürchten, darum sollen wir darnach trachten, es heimtückisch zu überlisten, indem wir unsere Nachbarn bei ihrer anerkannten Friedensliebe zu bewegen suchen, ihre neugesammelten Kräfte durch Abrüstung zu verstümmeln. Die Franzosen scheinen den Revanchegedanken nicht anders zu erhalten und pflegen zu können, als indem sie fortwährend dem wahnwitzigen Glauben neue Nahrung zuführen, Deutschland dürfte siegestrunken nach neuen Eroberungen. Aus dergleichen Betrachtungen ergiebt sich für uns immer wieder die unumstößliche Wahrheit: unser liebenswürdiger harmloser Nachbar will den Frieden nur bis zu dem Zeitpunkte, wo er die Gelegenheit gefunden zu haben glaubt, in einem Revanchekrieg wegen Elsaß-Lothringen mit uns Abrechnung zu halten. Daher: toujours en vedette!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 19. Januar.

Berlin. Im Reichstage begründete Singer den Antrag auf Aufhebung der während der Vertagung des Reichstages vom Landgericht Nürnberg gegen Grillenberger eingeleiteten Untersuchungsmaßregeln. Das eingeleitete Verfahren stehe im Widerspruch mit der Verfassung; die den Abgeordneten zustehende Immunität dürfe auch durch die Vertagung des Reichstages nicht unterbrochen werden. Der Reichstag habe seiner Zeit selbst in diesem Sinne entschieden und hervorragende Staatsrechtslehrer hätten dies als richtig anerkannt. Das Vorgehen der Staatsanwälte sei in diesem Falle ein Unfug. Der Präsident rügt diesen Ausdruck. Dr. Hartmann (kons.): Der Reichstag habe sich schon früher prinzipiell dahin entschieden, daß auch eine Vertagung des Reichstages durch die Regierung die Immunität der Abgeordneten nicht unterbreche. Die verbündeten Regierungen seien aber entgegengesetzter Ansicht gewesen. Die Frage könne nicht einseitig vom Reichstage entschieden werden. Der Antrag Singer greife, so wie er gestellt, in das Verfahren der Gerichte ein und sei deshalb unannehmbar. Würde in der üblichen Form Einstellung des Verfahrens für die Dauer der Session beantragt, so würden er und seine Freunde dafür stimmen. Unruh-Bomst stellt einen Antrag in diesem Sinne. Singer lehnt denselben ab, weil damit die Prinzipienfrage umgangen werde. Der einzige berufene und berechtigte Interpret seiner verfassungsmäßigen Rechte sei der Reichstag selbst. Träger (fr.) ist für den Antrag Singer, obgleich der Tenor dieses Antrages denselben undurchführbar mache. Staatssekretär v. Bötticher: Wenn der Reichstag seine Interpretation des betreffenden Verfassungs-Artikels in einer Resolution niederlege und die verbündeten Regierungen auffordere, sich derselben anzuschließen, so sei nichts dagegen zu erinnern. Die Forderung einer Aufhebung von bereits getroffenen Untersuchungsmaßregeln sei aber undurchführbar. Dr. v. Marquardt (natlib.) will Verweisung des Antrages Singer an die Geschäftsordnungskommission, aber sofortige Abstimmung über den Antrag v. Unruh. Munkel (frs.): Das würde den Anschein erwecken, als ob der Reichstag die Berechtigung der Untersuchungs-Maßregel anerkenne. Er halte allerdings nicht wie Singer dafür, daß der Besitz eines Privilegs der einzige berechtigte Interpret desselben sei. Er würde dieser Meinung namentlich auch bei der Zuckersteuerfrage nicht beistimmen (Heiterkeit), aber er glaube, daß, wenn der Reichstag seine Stimme erhöbe, diese auch Berechtigung finden werde. v. Unruh, Dr. Hartmann und Klemm (Sachsen) befürworten sofort Annahme des Antrages v. Unruh, da sonst die Gefahr bestehe, daß vor Erledigung der Sache in der Kommission die Verhandlung gegen Grillenberger angesetzt werde und ein Urtheil ergehe. Der Antrag Singer wird an die Geschäftsordnungskommission verwiesen. Der Antrag v. Unruh wird gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und eines großen Theiles der Freisinnigen angenommen. Dann wird in die zweite Berathung des Reichshaushaltetats eingetreten. Die Etats des Reichstages und des Reichskanzlers werden unverändert angenommen. Richter befürwortet die Gewährung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten. Die Diätenlosigkeit verursache die schwache Besetzung des Hauses, wodurch die Verhandlungen erschwert würden. Seine Freunde würden eventuell einen bezüglichen Antrag einbringen, es wäre aber erwünscht, wenn der Reichskanzler selbst die Initiative ergreifen wollte. Beim Etat des Innern weist v. Keudell (Reichsp.) auf die Ausdehnung und die verhängnißvollen Folgen der Trunksucht hin. Die Trunksucht befördere in erschreckendem Maße Verbrechen aller Art und steigere die Sterblichkeitsziffer. Nach dem Inkrafttreten der sozialpolitischen Gesetze habe Deutschland ein erhöhtes Interesse daran, der Trunksucht entgegen zu wirken. Er frage, ob es sich bestätige, daß noch diesem Reichstage ein bezüglicher Gesetzentwurf zugehen solle. Staatssekretär v. Bötticher: Das Bedürfniß zu einer solchen Gesetzgebung werde von allen deutschen Regierungen anerkannt. Die Grundzüge eines Entwurfes seien vereinbart, der Entwurf selbst aber noch nicht festgestellt; doch werde, wenn sich die Sitzungen des Reichstages bis nach Ostern ausdehnen sollten, derselbe wahrscheinlich noch in dieser Session vorgelegt werden können. Wurm (Sozdem.): Die Sozialdemokraten seien die entschiedensten Gegner der Trunksucht. Sie würden aber nie für ein Gesetz stimmen, welches gegen die unglücklichen Opfer der heutigen Gesellschafts-Ordnung mit neuen Strafmaßregeln vorgehen wolle. Die Fabrikinspektion sei fortgesetzt eine unzureichende, selbst im Königreich Sachsen, wo über 50 Prozent der Anlagen jährlich revidirt würden. Die Anzahl der mit der Fabrik-Inspektion betrauten Beamten mache es noch nicht aus. Es müsse vor Allem auf solche Personen Bedacht genommen werden, die das Vertrauen der Arbeiter besitzen. Heute sei das nicht der Fall. Die Gewerbe-Inspektoren stellten das Interesse der Fabrikbesitzer voran. Die bestehenden Gesetze zum Schutze der Arbeiter verfehlten ihren Zweck, wenn nicht durch eine ausreichende und entsprechende Inspektion der gewerblichen Anlagen für ihre Ausführung gesorgt werde. Der sächsische Bundesbevollmächtigte Graf v. Hohenthal weist die Angriffe Wurm's auf die sächsischen Fabrik-Inspektoren zurück. Die Inspektoren seien nur den sozialdemokratischen Umtrieben in einigen Bezirken entgegengetreten. Dazu seien sie berechtigt und verpflichtet. Bebel (Sozdem.) bestreitet dies. Die Fabrik-Inspektoren seien nicht Beamte der Unternehmer. Was die Zunahme der Trunksucht anlange, so sei dieselbe in allen Kreisen die gleiche. Was beim Frühschoppen der Studenten passire, wisse Jeder, doch gelangten diese Herren später zu den höchsten Staatsämtern. Ackermann (kons.) tritt gleichfalls den sozialdemokratischen Angriffen auf die Fabrik-Inspektoren entgegen. Wenn die Beschwerden berechtigt wären, so hätten sie in dem üblichen Instanzenzuge erledigt werden müssen, anstatt sie hier vorzubringen. Dr. Hartmann (kons.) findet es gleichfalls nicht in der Ordnung, hier Angelegenheiten zur Sprache zu bringen, bevor der Instanzenzug erschöpft sei. Sachsen habe ein gutes Vereins- und Versammlungsrecht (Bebel: Schauderhaft ist es!) Hätten wir auch ein solches Preßrecht, so würden wir mit der Sozialdemokratie bald fertig werden. Was die Beschuldigungen anlange, die hier gegen einzelne bestimmte Fabrik-Inspektoren erhoben seien, so werde er, Redner, sich darüber genau erkundigen. Singer (Sozdem.): Die Einrichtung der Fabrik-Inspektoren sei von den Sozialdemokraten früher stets lobend anerkannt worden. Man solle jetzt auch den kritischen Bemerkungen die ihnen zukommende Bedeutung beimessen. Singer rechtfertigt dann noch die auf dem Wydener Kongreß erfolgte Streichung des Wortes „gesetzlich" aus dem sozialdemokratischen Parteiprogramm. Stehe das Wort in dem Programm der übrigen Parteien? Es wäre feig und lächerlich gewesen, das Wort beizubehalten, nachdem man die Sozialdemokraten durch das Sozialistengesetz gesetzlos gemacht. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Das preußische Abgeordnetenhaus trat heute in die 1. Berathung des Etats ein. Rickert (freis.) erblickte in der Rede des Finanzministers eine Wendung der preußischen Finanzpolitik. Der Minister habe zwar etwas zu schwarz gemalt, aber es sei doch in der That auch sehr bedenklich, daß die preußischen Finanzen von den schwankenden Ergebnissen der großen Betriebsverwaltungen, namentlich denen der Eisenbahnen, abhängig seien. Die Finanzlage sei jetzt günstig; es bedürfe also keiner Mehreinnahmen durch die Steuerreform; aber bei der schwankenden Grundlage dieser Finanzlage dürfe man sich durch die augenblicklichen Ueberschüsse auch nicht zu Mehrausgaben verleiten lassen. In der Frage der Personentarife sei die Bewegung zu Gunsten der Einführung des Zonentarifs so stark, daß es Zeit sei, derselben endlich entgegenzukommen. Wenn die direkten Steuern abgebröckelt werden, so seien dagegen die indirekten Steuern von 5 auf 13 Mk. per Kopf gestiegen, eine Steigerung, die fast beispiellos sei. Seine Partei habe sich der Abbröckelung der direkten Steuern widersetzt. Sie habe noch immer bewilligt, was nöthig sei, aber sie werde nie Steuern über das bestehende Bedürfniß hinaus bewilligen. v. Tiedemann-Bomst stimmte Namens der Freikonservativen der v. Kardorff im Reichstage abgegebenen Erklärung mit Ausnahme des Passus über die Doppelwährung zu. Graf Limburg (kons.) erklärte den deutsch-österreichischen Handelsvertrag für mehr nachtheilig als vortheilhaft, denn der Schaden, den die deutsche Landwirthschaft dadurch erleiden werde, könne durch Konzessionen Oesterreichs gar nicht ausgeglichen werden. Finanzminister Dr. Miquel erklärt auf eine Anregung Windthorst's, daß die Regierung den Ausbau der Sekundärbahnen nicht zu unterbrechen gedenke, doch werde voraussichtlich in den nächsten 15 Jahren der Kanalbau in Preußen einen ganz bedeutenden Umfang gewinnen. Der Etat wurde schließlich an die Budgetkommission verwiesen. — Mittwoch Antrag Richter, betr. die Stempelerlasse bei den Fideikommissen.

Berlin. Dem Herrenhause ist der Entwurf eines Gesetzes über die gesperrt gewesenen Staatsleistungen an die katholische Kirche zugegangen.

Berlin. Zur Taufe des jüngsten Kaiserprinzen wird auch der König von Sachsen hier erwartet. — In Gegenwart des Kaisers, sowie des Prinzen und der Prinzessin Albrecht fand heute die feierliche Weihe der zum Gedächtniß der Kaiser Wilhelm I. und Friedrich III. erbauten Friedenskirche im Norden Berlins statt. — Eine authentische Bestätigung der Nachricht, daß Reichskommissar v. Wißmann plötzlich von einem sehr schweren Nervenleiden befallen sei, ist nicht eingegangen. Dagegen wird dem „Berl. Tagebl." aus Sansibar gemeldet: Da in den Gebieten der nach dem Kilimandscharo führenden Karawanenstraßen Unruhen unter den Eingeborenen ausgebrochen sind, ist Major v. Wißmann am 15. d. mit 10 Offizieren und 500 Mann in der Richtung nach dem Kilimandscharo aufgebrochen. Der Tageblatt-Korrespondent hat sich dieser Expedition angeschlossen. — Schulze-Delitzsch soll auf dem hiesigen Alexanderplatz ein Denkmal errichtet werden.

Berlin. Die Budget-Kommission des Reichstags berieth den Post-Etat. — Hinsichtlich der Petition von 234 Zeitungsverlegern erklärte es Staatssekretär v. Stephan für nicht angängig, für einzelne Geschäftsarten einen besonderen Tarif einzuführen. Ebenso sprach sich v. Stephan entschieden gegen eine Ermäßigung der Fernsprechgebühren aus. Eine solche würde nur der Entwickelung des Fernsprechverkehrs hinderlich sein. Das Reich besitze jetzt 53,000 Fernsprechstellen. In Berlin würden jährlich 250,000 Gespräche geführt. Berlin habe mehr Fernsprechstellen als Frankreich. Auf eine Anregung wegen Ermäßigung der Bestellgebühr für Telegramme auf dem Lande erklärte Herr v. Stephan, daß dies auch sein Ideal sei. Dafür wolle er aber den Frankirungszwang einführen.

Berlin. Der Postzeitungsverkehr ist auf die deutschen Schutzgebiete ausgedehnt worden. Ferner nehmen fortan die deutschen Postanstalten in Bagamoyo, Dar-es-Salaam und Sansibar am Austausch von Postpacketen Theil. — In den leitenden Eisenbahnkreisen besteht Beunruhigung wegen der Wirkung der anhaltend strengen Kälte. Hunderte von Lokomotiven haben Schaden gelitten

Pfund's sterilisirte (keimfreie) **Kindermilch.** Trockenfütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42.